

Medienmitteilung

Thema	Budget 2013 der Stadt Bern
Für Rückfragen	Michael Köpfl i (Fraktionspräsident): 079 743 30 89
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, Postfach 6350, 3001 Bern eMail: bern@grunliberale.ch, www.bern.grunliberale.ch
Datum	7. Juni 2012

akzeptables Budget, besorgniserregendes Investitionsbudget

Die Grünliberalen akzeptieren die schwarze Null im städtischen Budget 2013. Dies deshalb, weil die vom Stadtrat überwiesene Planungserklärung der glp-Fraktion, welche in den nächsten Jahren eine durchschnittliche Eigenkapitalbildung von 10 Millionen Franken pro Jahr verlangt, in der Rechnung 2011 übererfüllt wurde. Der von den Grünliberalen geforderte Zeitplan zur Eigenkapitalbildung kann somit mit einem ausgeglichenen Budget 2013 eingehalten werden. Dennoch steht für uns fest, dass ein weiterer Ausbau des Budgets nicht in Frage kommt, auf neue Begehrlichkeiten muss also auch im Wahljahr verzichtet werden. Weiter werden die Grünliberalen die einmalig massiv steigende Gewinnablieferung der StaBe an die Stadt bis zur Behandlung des Budgets im Stadtrat kritisch unter die Lupe nehmen.

Investitionsbudget führt zu einer zusätzlichen Verschuldung

Sorgen bereitet den Grünliberalen hingegen das Investitionsbudget 2013, welches keine volle Selbstfinanzierung der Investitionen ermöglicht und daher zu einer zusätzlichen Verschuldung der Stadt führen wird. Das ist vor allem deshalb bedenklich, weil der IAFP auch in den kommenden Jahren einen Selbstfinanzierungsgrad von deutlich unter 100% vorsieht (ein Selbstfinanzierungsgrad von unter 100% führt zu einer Neuverschuldung). Weil sich die Stadt eben nicht nur über die laufende Rechnung, sondern auch über die Investitionsrechnung verschulden kann, forderten die Grünliberalen schon im Jahr 2010 eine Schuldenbremse, welche sowohl die laufende Rechnung wie auch die Investitionsrechnung umfasst (vgl.

<http://www.bern.ch/stadtrat/sitzungen/termine/2010/eingang.2010-03-19.6788861338/view>). Das vorliegende Budget und der Finanzplan zeigen nun, warum die von der RGM-Mehrheit im Stadtrat abgelehnte Schuldenbremse nach wie vor sinnvoll wäre.